

Ressort: Politik

Union und SPD uneins über Russlandsanktionen

Berlin, 30.01.2018, 19:12 Uhr

GDN - Bei den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD bahnt sich ein Streit über die Russlandpolitik an. Nachdem die ostdeutschen Ministerpräsidenten am Montag die Sanktionen gegen Russland in Frage gestellt haben, sucht nun auch die SPD in Berlin nach einem neuen Weg.

"Die Forderungen der ostdeutschen Ministerpräsidenten sind wichtig und bedenkenswert", sagte Rolf Mützenich, stellvertretender Fraktionschef der SPD im Bundestag, dem "Handelsblatt" (Mittwochsausgabe). "Auch in den Koalitionsverhandlungen sind die Sanktionen und die zukünftigen Beziehungen zu Russland ein Thema." Doch die Union zeigt sich bisher nicht Gesprächsbereit. Norbert Röttgen, außenpolitischer Experte der CDU und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, sagte dem "Handelsblatt", dass es keine Verhandlungen über die Russlandsanktionen geben soll: "Wir haben fest verabredet, dass wir darüber nicht reden." Röttgen warnte davor, an den Sanktionsbeschlüssen zu rütteln. "Die Sanktionen sind ein hochwirksames politisches Instrument. Sie ohne ein Einlenken der russischen Regierung aufzuheben, wäre ein strategischer Fehler."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-101396/union-und-spd-uneins-ueber-russlandsanktionen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com